Ein klares Ja mit Forderungen

Frauenfeld Der Gemeinderat steht hinter der Strategie des Stadtrates, das Hallenbad am jetzigen Standort mit einem Neubau für 33 Millionen zu erneuern. Die Parlamentarier äussern aber auch vereinzelt Kritikpunkte.

Samuel Koch
samuel.koch@thurgauerzeitung.ch

Der Gemeinderat hält im Grossen Bürgersaal des Rathauses eine seiner Sitzungen ab. Bild: Reto Martin (13. Dezember 2017)

Der Gemeinderat steigt in denselben Zug wie der Stadtrat und folgt dessen «Reiseempfehlung», um der Rhetorik von Stadtrat Ruedi Huber zu folgen. Das Stadtparlament hat an seiner Sitzung vom Mittwochabend sämtlichen Anträgen des Stadtrates grossmehrheitlich zugestimmt. So soll das Hallenbad nach einem Variantenentscheid am jetzigen Standort mit einem Neubau für 33 Millionen Franken erneuert und das Wasserflächenangebot mit einem optionalen Wellness-Bereich als separater Bauteil von gegenwärtig 670 auf rund 1000 Quadratmeter ausgebaut werden. Zudem erteilten die 36 anwesenden Gemeinderäte dem 350 000-Franken-Kredit für einen Architekturwettbewerb grünes Licht. «Es ist ein Grundsatzentscheid, der heute gefällt wird», sagte Stadtrat Huber kurz vor den Stimmabgaben, «ein Entscheid, in welche Richtung der Zug fahren soll.»

Michael Lerch führte als Sprecher der Geschäftsprüfungskommission (GPK) Bau, Werke und Anlagen aus, dass «der umfangreiche Variantenentscheid zeigt, dass ein Neubau am gleichen Ort sinnvoller ist, als mit einer weiteren Sanierung ein Flickwerk aufrechtzuerhalten». Mit der Aussage, dass das Hallenbad nach 44 Jahren sanierungsbedürftig sei und vor allem das Dach bis 2020 den statischen Anforderungen nicht mehr genüge, sprach Lerch den meisten seiner Ratskollegen aus der Seele. Weil es sich bei einem Hallenbad aber um einen Zweckbau handle, müsse der Neubau «auch keinen Architekturpreis gewinnen».

Stadt soll Tafelsilber nicht verscherbeln

Zwar erntete der Stadtrat viel Lob für die «ausführliche und umfangreiche Botschaft». Es gab aber auch Kritikpunkte, wie etwa bei der Finanzierung. «Liegenschaftsverkäufe sind kein Vehikel zur Finanzierung von Investitionen», kritisierte CH-Gemeinderat Peter Hausammann. Das städtische Tafelsilber dürfe nicht verscherbelt werden, denn solche Liegenschaftsverkäufe würden sich vielmehr nach den gesetzlich vorgegebenen Zielen richten, wie etwa dem Reglement über die Bodenpolitik oder demjenigen über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum.

An den Investitionen sollten sich nebst der Stadt auch Schulgemeinden sowie die Politischen Gemeinden in der Regio Frauenfeld beteiligen, führten mehrere Gemeinderäte ins Feld. «Die Bemühungen, die Aussengemeinden von einer Beteiligung zu überzeugen, müssen vehement weitergeführt werden», sagte Sandro Erné für die FDP-Fraktion. Gemeinderätin Irina Meyer von der Fraktion CH/Grüne/GLP monierte die zu tiefen Zinskosten von zwei Prozent. «Wir erachten diese Annahme als deutlich zu optimistisch», sagte Meyer und forderte eine Zinsanpassung.

Kritische Stimmen gab es auch zum Thema Verkehr. «Der Erschliessung für Fussgänger und Velofahrer muss ein besonderes Augenmerk gewidmet werden», sagte Roman Fischer (Grüne). Es müsse auch die Gestaltung des Bereichs ausserhalb der Badi Gewicht erhalten. Pascal Frey forderte im Namen der Fraktion SP/Gewerkschaftsbund/Juso etwa eine Bushaltestelle vor der Badi und dass die jetzigen Parkplätze vor dem Hallenbad «unter die Erde zu verlegen» sind. Zum optionalen Wellness-Bereich teilten die meisten Redner die Meinung des Stadtrates. Wenn überhaupt, dann soll er später in einem Annexbau und finanziert durch Dritte realisiert werden.

Als Ergebnis des Hallenbad-Architekturwettbewerbs erhofft sich Michael Hodel (Fraktion CVP/EVP) «einen kostengünstigen Zweckbau». Als prioritäres Kriterium erwähnte er eine technisch optimierte Anlage mit durchdachten Abläufen. Gemeinderat Sandro Erné (Fraktion FDP) erhofft sich keine Architekturexzesse und erwartet vom Stadtrat, dass «angrenzende Liegenschaftsbesitzer in den Wettbewerb einbezogen werden, um Verzögerungen zu vermeiden». Michael Pöll (Grüne) zeigte sich einerseits erfreut, dass der Neubau im Minergie-Eco-Standard geplant sei. Andererseits monierte er die Verwendung von Energiefonds-Geldern. Die Fraktion SVP/EDU unterstützt die stadträtlichen Pläne grösstenteils. «Für uns überwiegen klar die Vorteile eines Neubaus statt einer Renovation, und wir erwarten eine Volksabstimmung zum Projektierungskredit», sagte SVP-Gemeinderat Robert Zahnd.

Nur ein Gemeinderat enthält sich

Stadtrat Ruedi Huber dankte den Gemeinderäten und nahm ihre Kritikpunkte aus dem Plenum entgegen. «Das mit dem Zinssatz nehmen wir auf», sagte er und merkte an, dass die Stadt gegenüber Privaten deutlich bessere Zinssätze erhalte. Mit den Schulgemeinden werde das Gespräch sicher noch einmal gesucht. «Der Steuerfranken kommt aber schliesslich vom selben Steuerzahler», meinte er. Die Chance, dass sich umliegende Gemeinden über einen Anstandsbetrag hinaus an den Investitionen beteiligen, schätzte Huber als gering ein. Und mit den Geldern aus dem Energiefonds verfolge der Stadtrat das Ziel, die Energieeffizienz zu verbessern und den CO_2-Ausstoss zu reduzieren.

Schliesslich stimmten die 36 Gemeinderäte dem Antrag für den Variantenentscheid sowie dem Kredit für den Architekturwettbewerb einstimmig zu. 35 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung (CH-Gemeinderat Heinrich Christ) resultierten beim Antrag für den geplanten Ausbau des Wasserflächenangebots mit optionalem Wellness-Bereich. Mit den klaren Abstimmungsresultaten habe der Gemeinderat einen Grundsatzentscheid gefällt, sagte Stadtrat Ruedi Huber und ergänzte: «Es geht zwar um viel Geld, aber auch um das zukünftige Freizeitangebot und um die Attraktivität der Stadt Frauenfeld.»

Diskussion über städtische Haltung zu höherer Bildung

Frauenfeld Vor dem Thema Hallenbad gab im Rathaus ein anderes Traktandum zu reden. Grossmehrheitlich folgte der Gemeinderat dem Antrag von Heinrich Christ (CH) auf Diskussion zu seiner Interpellation «Förderung der höheren Bildung in Frauenfeld». Zwar dankte Christ dem Stadtrat für die Beantwortung. «Aber die Stadt muss ein Interesse haben und sich bemühen, dass sie zum Hochschulstandort werden kann», sagte er. Weiter erachte er als gefährlich, dass das Volks-Nein zum Agro Food Innovation Park (Afip) vor zwei Jahren zu einer allgemeinen Haltung gegen Bildung und Forschung werde. «Aktives Lobbying bleibt möglich, mit Zurückhaltung gewinnt die Stadt wenig», sagte er. Stadtpräsident Anders Stokholm entgegnete, dass sich der Stadtrat für attraktive Rahmenbedingungen für Ausbildungsstätten der tertiären Stufe einsetze. «Wir wollen die Stadt entwickeln und handeln, sobald wir angefragt werden», sagte er. Es sei jedoch systembedingt, dass höhere Bildung in der Kompetenz von Bund und Kanton liege. «Das Nein zum Afip deute ich übrigens nicht als grundsätzliche Ablehnung für Bildung und Forschung in der Stadt», sagte er und unterstrich die vielen Arbeitgeber, die mit Lehrstellen die Basis für höhere Bildung schaffen würden. *(sko)*